

Stellungnahme der CSU-Stadtratsfraktion Aschaffenburg zum Haushaltsentwurf 2022

Was ist das Besondere im Haushalt 2022. Wir sehen stabile Einnahmen auf hohem Niveau und hohe Rücklagen, auf die wir jetzt allerdings auch zurückgreifen müssen. Wir sind finanziell sehr gut durch die Corona-Krise gekommen, teils auch mit staatlicher Hilfe. Die Planung für das laufende Jahr sieht unsere Haupteinnahmequelle, die Gewerbesteuer mit 62 Millionen Euro sogar stärker als im Vorjahr. Das gilt auch für die Steuern und Zuweisungen insgesamt.

Trotz dieser soliden Situation bei den Einnahmen sinkt unsere Zuführung zu dem Vermögenshaushalt deutlich - mit der Folge, dass wir den Finanzbedarf in diesem Bereich nur bewältigen können, indem wir aus unserer gut gefüllten Rücklage 18 Millionen Euro entnehmen. Ich rechne hier das Baugebiet Anwandeweg bewusst nicht mit.

Wenn wir von knapp 40 Millionen Euro Rücklage fast die Hälfte entnehmen müssen, sehen wir auch, dass das höchstens noch einmal möglich ist. Denn dann ist der Topf leer.

Unsere Finanzkraft reicht deswegen nicht aus, weil die die Ausgaben im Verwaltungshaushalt - die jährlich wiederkehrenden Kosten - von 108 Millionen im letzten Jahr sprunghaft auf 119 Millionen Euro ansteigen. Eine Entwicklung die wir seit Jahren sehen – allerdings weniger deutlich. Die laufenden Ausgaben steigen kontinuierlich, die Investitionen bleiben zurück.

Wenn die Bauausgaben in den letzten 3 Jahren deutlich angestiegen sind, ist das kein Widerspruch, sondern es zeigt nur, dass wir einen Nachholbedarf aufgebaut haben, dem wir nicht länger entkommen können. Er hat uns eingeholt.

Warum haben wir dieses Missverhältnis zwischen Konsum und Wertehalt.

Sicher auch deswegen, weil es schwer ist, zu neuen Leistungen für unsere Bürger nein zu sagen – in erster Linie aber wohl deswegen, weil die Pflichtaufgaben ständig zunehmen.

Das spiegelt sich in der Personalentwicklung, worauf wir im Besonderen aufmerksam wurden, als die Verwaltung Anfang 2021 einen Personalbedarf von 49 Stellen mit Priorität 1 und mit 42 Stellen mit Priorität 2 angemeldet hat. Gut 90 Arbeitsplätze mit dem Hinweis, dass auch in den 10 Jahren zuvor mehr als 100 Stellen genehmigt wurden. Der Stadtrat hat nun nicht alles auf den Weg gebracht und die Umsetzung dauert. Sicher ist aber schon jetzt, dass wir von knapp 73 Millionen Euro Personalkosten 2021 spätestens im nächsten Jahr bei 80 Millionen ankommen werden. Das haben wir dann auch in jedem Jahr wieder – zuzüglich der Tarifierhöhungen. Das ist nicht ungefährlich und wir brauchen für diese Entwicklung den Blick von außen - eine Begutachtung des Stellenbedarfs und eine Begutachtung des Aufgabenumfanges. Über Pflichtaufgaben kann nicht diskutiert werden – für alles andere tragen wir die Verantwortung und haben auch die Freiheit, nein zu sagen.

Das wichtigste in einer Kommune ist sicher der soziale Frieden. Deswegen ist es für die CSU ein zentrales Anliegen, dass die Familien gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wichtige Bausteine sind hier die Kindergärten und Krippen – die Betreuungseinrichtungen - mit steigendem Bedarf und damit steigenden Kosten. Nur für den Betrieb der Kindergärten zahlen wir per Saldo annähernd neun Millionen Euro. Vor zehn Jahren waren das nur fünf Millionen. Wir sehen fast eine Verdoppelung. Ein Beispiel für wachsende Aufgaben, die uns auch gesetzlich auferlegt werden, die den Verwaltungshaushalt aufblähen und die Investitionskraft schwächen.

Ich möchte noch ein paar Punkte aufgreifen, die für die CSU -Fraktion Priorität haben. Ich beginne mit der Schulsanierung. Wir haben das 2009 mit einem Pressegespräch angestoßen. Der Titel im Main-Echo war „Für Bildung nicht mehr frieren“ Bebildert mit einer Szene im Klassenzimmer – die Schüler im Wintermantel - weil die Fenster undicht waren. Diese Schule ist heute generalsaniert. Versprochen ist auch die Sanierung der Berufsschule 1 - nur wissen wir nicht, wie wir 100 Millionen für einen Neubau schultern sollen. Ich meine, dass wir diese Aufgabe in sinnvollen Schritten – mit der Kompetenz unseres Hochbauamtes – bewältigen sollten. Abreißen und neu bauen ist vielleicht die Einfachste aber vermutlich keine zeitgemäße und umweltfreundliche Lösung. Wir müssen die Schule auf jeden Fall attraktiv machen, auch weil wir die handwerklichen Berufe brauchen. Zum Beispiel Schreiner oder Installateure. Wir brauchen keine Welt von Akademikern, die niemanden mehr finden, der die Heizung repariert.

Weil die Schulentwicklung für die CSU-Fraktion ein Grundanliegen ist, haben wir auch so sensibel reagiert, als die vom Stadtrat beschlossene Erweiterung des Kronberg-Gymnasiums in Frage gestellt wurde. Der Hauptsenat hat hierzu die richtige Entscheidung getroffen und ich bedanke mich bei allen, die der CSU gefolgt sind.

Ich komme zum Thema Verkehr und Umwelt. Der Bau der Ringstraße war das große Anliegen der CSU, um den Verkehr aus der Stadt herauszunehmen. Nicht um den Verkehr zu fördern, sondern um die Wohngebiete zu beruhigen. Die Investitionen in Straßen waren Investitionen in mehr Lebensqualität. Das hat nicht jeder verstanden. Ich erinnere daran, dass Teile des Stadtrates über Jahre hinweg den Gesamthaushalt abgelehnt haben, weil die Ringstraße enthalten war. Heute sind große Gebiete der Stadt entlastet und nur das ermöglicht uns, über weitere Verbesserungen zu mehr Aufenthaltsqualität nachzudenken. Dazu hat die CSU-Fraktion schon 2019 Vorschläge gemacht.

Die Umsetzung sehen wir im Haushalt 2022 noch nicht und haben deswegen aktuell Auskunft darüber beantragt, wie die Verwaltung hier weiter vorgehen will.

Klimafreundliche Investitionen sehen wir im Haushaltsentwurf sehr wohl, wie es die Finanzverwaltung auch am Beispiel der Stadtwerke dargestellt hat. Die CSU-Fraktion möchte aber eine noch kräftigere Entwicklung. Ich habe den Selbstversuch gemacht und fahre seit ein paar Wochen ein Elektrofahrzeug und habe mitunter Probleme, einen Ladepunkt zu finden. Aschaffenburg bietet im öffentlichen Raum 23 solcher Anschlüsse. Das ist nicht viel. Die etwas größere Stadt Bamberg hat 53 - mehr als doppelt so viel. Die CSU-Fraktion hat deswegen gemeinsam mit der Jungen Union beantragt, unseren Bestand deutlich zu erhöhen. Gerne in unseren Parkhäusern in den Nachtstunden zum Nulltarif oder auf den Parkplätzen der Supermärkte, die nachts ebenfalls leer stehen. Natürlich mit einer Entschädigung für die Grundstücksbesitzer. Nicht jeder kann zuhause laden und nur wenn es gute Angebote gibt, wird sich die neue Technik durchsetzen können. Dazu können wir beitragen.

Es gibt einen Antrag, von der Kameralistik – unserem jetzigen Haushaltssystem - auf die Doppik – die kaufmännische Buchführung - umzustellen. Die CSU hat diesen Antrag im Hauptsenat unterstützt, weil wir seit vielen Jahren darauf hinweisen, welche Vorteile dieses System bietet. Die Kameralistik kennt keine Bestände. Es gibt keine Bilanz – die Darstellung der vorhandenen Werte und der Schulden. Aber nur wenn man diese Werte kennt und die jeweilige Lebensdauer - z.B. der Gebäude oder der Straßen - weiß man, was man jährlich zurücklegen oder investieren muss, um diesen Wert zu erhalten. Es geht um Nachhaltigkeit - um die Vermeidung von Investitionsstaus. Ich verstehe die Zurückhaltung der Finanzverwaltung - will aber darauf hinweisen, dass in 13 von 16 Bundesländern die Doppik zwingend vorgeschrieben ist. In Bayern darf

man wählen und es haben auch hier vergleichbare Städte bereits die Doppik gewählt.

Wir sind also eher bei den Ausnahmen. Dennoch wird die CSU-Fraktion heute die Umstellung nicht befürworten. Das muss ich begründen. Die erforderliche Erfassung der Anlagen wurde irgendwann abgebrochen und müsste neu erarbeitet werden. Ein enormer Aufwand für die Kämmerei, die dafür gleich mehrere neue Mitarbeiter bräuchte. Wir haben aber gerade eine große Stellenmehrung beschlossen und sorgen uns um die Kosten. Es ist also schlichtweg der falsche Zeitpunkt. Ich bitte dennoch darum, dass wir uns im Haupt- und Finanzsenat mit dem Thema beschäftigen, um den Entscheidungsträgern die Kenntnis zu vermitteln, um was es überhaupt geht. Im Übrigen kann man in jedem Haushaltssystem gut und schlecht wirtschaften. Finanzielle Probleme löst die Doppik nicht – sie sorgt nur für Klarheit.

Ich möchte noch kurz auf die Haushaltsausgabereste eingehen. Wenn diese hoch sind, ist das nach der reinen Lehre der Kameralistik Ausdruck für eine stabile Finanzsituation der Gemeinde. 33 Millionen waren bis Ende 2020 im Haushalt eingestellt, aber nicht ausgegeben. Die Zahl für 2021 haben wir noch nicht - aber es werden wohl über 40 Millionen sein. Das bedeutet, dass wir von den 70 Millionen an Bauausgaben, die in den letzten beiden Jahren im Haushalt standen, nur 30 Millionen wirklich realisiert haben. Das sind 15 Millionen pro Jahr und damit alles andere als Rekordwerte. Natürlich ist die Rechnung etwas komplizierter – dafür ist hier nicht die Zeit - aber auf jeden Fall konsumieren wir mehr, als wir verdauen können und das ist bekanntlich ungesund. Mit Wahrheit und Klarheit, dem Grundsatz der kommunalen Haushaltsführung hat es schon gar nichts zu tun.

Ich werfe noch einen Blick auf unsere erfolgreichen Töchter. Es ist vielleicht der größte Erfolg in den beiden letzten Dekaden, dass wir diese in den großen Finanzkrisen nicht verkauft haben.

Das war zunächst die sogenannte die Dotcom-Blase ab 2000. Der Zusammenbruch des neuen Marktes und die Unsicherheit nach Nine-eleven. Die Gewerbesteuer hat sich von vorher 36 Millionen bis auf 18 Millionen in 2003 halbiert. Die Fixkosten blieben. Die freie Zuführung ging gegen Null.

Andere Städte haben damals beispielsweise ihre Stadtwerke verkauft. Wir haben widerstanden und konnten in den Folgejahren sogar unsere kostspieligen Bäder samt Eissporthalle dorthin übertragen und den städtischen Haushalt deutlich entlasten.

Wenn wir jetzt auch unser Museumsdepot oder die Verwaltungserweiterung über die Stadtwerke finanzieren, ist das allerdings etwas völlig anderes. Da verlagern wir nur die Investitionen und zahlen das über unseren städtischen Verwaltungshaushalt ab. Natürlich auf Kosten der Zuführung. Aber in diesem Fall können die Stadtwerke sogar noch etwas verdienen.

Auch in der zweiten großen Krise ab 2007, als sich die Banken mit den Subprime-Käufen oder Börsenspekulationen verkalkuliert hatten, hat sich unsere Gewerbesteuer wieder halbiert - von 52 Millionen 2006 auf 26 Millionen 2009. Ganz allgemein hatten die Bürger Angst, ihr Geld zu verlieren. Das war die Zeit der Merkel-Steinbrück-Garantie 2008. Auch hier haben andere Städte ihr Tafelsilber z.B. ihre stadteigenen Wohnungen verkauft und es später bitter bereut. Wir haben auch hier widerstanden und können deswegen auch im Jahr 2022 noch unseren Bürgern günstige Mieten anbieten oder im Fall der Stadtwerke günstige Energie. Wir haben das nicht aus der Hand gegeben. Die Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Trotz den erwähnten Schwächen im Bereich der Investitionen ist die Finanzpolitik der Stadt durchaus eine Erfolgsgeschichte. Die CSU-

Fraktion hat daran maßgeblich mitgewirkt und wird auch mithelfen, die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen.

Im vorliegenden Haushalt finden wir unsere Anliegen und Ziele wieder und stimmen deswegen gerne zu - mit einem Dank an alle Verantwortlichen in der Stadtverwaltung.

Aschaffenburg, 14.02.2022

Peter Schweickard

Fraktionsvorsitzender